

Fairness auch für das Gliesmaroder Bad und die davon betroffenen Bürger

22. Juni 2007

von Frank Gundel

Die BIBS fordert, dass auch die Zukunft des Gliesmaroder Bades in die aktuelle Diskussion einbezogen wird, in der es darum geht, dass die vom Rat beschlossene Schließung der lokalen Bäder auf Basis transparenter Zahlen und nachvollziehbarer Argumente noch einmal behandelt wird.

Die Schließung des Bades in Gliesmarode berührt sehr die Lebensqualität von ca. 50.000 Bürgern im direkten Umfeld und speziell auch in Braunschweigs Nord-Osten. Diese haben den gleichen Anspruch auf Vertretung ihrer Interessen wie die vielen Mitbürger in den anderen Stadtteilen, wo sich in Folge des „Spaßbad-Beschlusses“ des Rates lokal Engagierte darum bemühen, ihr lokales Bad vor der Schließung zu bewahren.

So gibt es beachtenswerte Bemühungen um den Erhalt des Hallenbades in Wenden, des Nordbades aber auch des Freibades in Waggum.

Dabei werden kritisch hinterfragt und gefordert:

1. die Sanierungskosten , die gemäß Ratsbeschluss für die zu schließenden Bäder anfallen würden, die Kosten einer sinnvollen Sanierung sollten von unabhängigen Experten ermittelt werden, wobei auch alternative technische Verfahren der Sanierung untersucht werden sollten; die Zahlen der ‚parteilichen‘ Stadtbad-Gesellschaft werden allgemein in Frage gestellt;
2. die Kostenangaben zum neuen Bad; nach mehrfachen Änderungen in kurzer Zeit sind diese noch weniger vertrauenswürdig und haben auch das ‚Geschmäcke‘¹, dass sie - von der Allgemeinheit unkontrolliert – von interessierter Seite sind;
3. die Betriebskosten der lokalen Bäder; unter Berücksichtigung von, eventuell sogar steuerlich geförderten, umweltfreundlichen technischen Neuerungen, speziell im Energiebereich, sollte sich das wirtschaftliche Ergebnis, auch durch die größere Attraktivität nach einer Renovierung, deutlich besser darstellen, als zur Zeit in den Vergleichen als heutige Werte angegeben.

Diese Aspekte sollten genauso für das Bad in Gliesmarode gelten!

Auch für dieses Bad sind die Zahlen und Lösungen mit gleicher Sachlichkeit und positiver Kreativität, das heißt, motiviert von dem Wunsch nach Erhalt des Bades zu betreiben.

Vermutlich aufgeschreckt durch den großen Zuspruch zum Bürgerbegehren haben sich für den Erhalt der anderen Bäder sogar einige Lokalpolitiker der Parteien engagiert, die den Schließungsbeschluss im Rat durchgesetzt haben. Dies hat sicher etwas ‚Geschmäcke‘. Doch ist es wohl aller Ehren wert, wenn bei

¹ „ein ‚Geschmäcke‘ von Täuschung“ hat laut Antrag von Frau Mundlos, CDU MdL und im Bezirksrat Wenden Thune-Harxbüttel , die Tatsache , dass der Ratsbeschluss nicht auf vollständiger Datenbasis erfolgte.

deren Engagement am Ende der Vertretung der Bürger der Vorzug vor der Vertretung der Partei² gegeben sein sollte.

Dies sollte auch für ‚Gliesmarode‘ selbstverständlich sein. Dort scheint aber die größere Zahl der Betroffenen – und damit der dafür verantwortlichen Politiker – ein gemeinsames Eintreten schwierig zu machen.

Der Vergleich zur ‚großen Politik‘ drängt sich auf, wo ja auch öfters der Eindruck aufkommen kann, dass je mehr Bürger betroffen sind, desto schwächer deren Interessenvertretung ist. Hiervor sollten aber die großen Parteien im Rat gewarnt sein, denn eine Auswertung des Bürgerbegehrens nach Postleitzahlen wird sicher das große Engagement der Bürger, speziell im Nord-Osten, für den Erhalt des Gliesmaroder Bades deutlich machen.

² Der Bürgermeister von New York ist heute (20.Juni 2007) aus seiner Partei (Republikaner, George Bush's Regierungspartei) ausgetreten, weil er den Auftrag seiner Wähler darin sah, die Bürger zu vertreten und nicht an erster Stelle seine Partei.